Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erschein an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,20 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 30 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geriet. Anzeigenannahmestellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 239 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 13. Oktober 1931

Hart auf hart.

Nun kann es wirklich kaum noch den geringsten Zweifel geben: In der jetzt anhebenden Sitzungsperiode des Reichstags geht es hart auf hart. Und im entscheidenden Augenblick, wenn erst abgestimmt wird über die Mißtrauensanträge der Opposition, über die Anträge zur Aufhebung der Notverordnungen usw., kurz über alles, was den parlamentarisch-politischen Sturz des neuen Kabinetts Brünings herbeiführen soll —, dann wird es doch nur ein Ja oder Nein geben, auch wenn dies nicht ausdrücklich ausgesprochen wird. Nur für einen verhältnismäßig geringen Teil des Reichstages dürfte es daher überhaupt noch von einiger Bedeutung sein, was der Reichskanzler in der Regierungserklärung sagte; die Kundgebung dessen, was das Kabinett außen- und innenpolitisch, sozial- und wirtschaftspolitisch will, wird eine äußerlich-sachliche Begründung auch nur dafür abgeben können, daß man sich persönlich für oder gegen Brüning dort entscheidet, wo man heute zu einem endgültigen Entschluß noch nicht gekommen sein sollte. Das ist nun allerdings der Fall, vorerst noch ein Teilen jener Parteien und Parteigruppen, die zwischen der unbedingten Rechtsopposition und etwa der Zentrumspartei stehen. Hier sind bisher zwar Entschließungen teilweise ganz eindeutiger Art gegen Brüning erfolgt, aber doch unter Begleitumständen, die es zweifelhaft machen, ob diese Stellungnahme gegen die Person und die Politik des Kanzlers später im Reichstag auch zu einer entsprechend einhelligen Stimmabgabe führen wird. Daher halten selbst die ältesten parlamentarischen Propheten vorläufig mit ihren Prophezeiungen stark zurück. So scharf ist der Bogen gespannt, so fast eindeutig die ganze parlamentarische Lage, so schroff stehen sich die Fronten gegenüber, daß man es beinahe verstehen kann, wenn die Opposition im Reichstag jede Hinausschiebung der endgültigen Entscheidung vermieden wissen und möglichst schnell aufs Ganze gehen will. Einander überreden oder überzeugen will und kann man ja doch nicht mehr.

*

Aufs Ganze gehen, also Sturz des Kabinetts Brüning unter allen Umständen und Ablehnung selbst jeder etwa rechts „getarnten" Regierung — das hat die Harzburger Tagung der nationalen Opposition zur ganz unzweideutigen und unbedingten Parole gemacht. Man erklärt sich bereit, die Regierung und damit die Verantwortung im Reich und in den Ländern zu übernehmen, verlangt aber — um parlamentarisch den Weg frei zu bekommen — die Auflösung aller Volksvertretungen, wo eine Mehrheit der Rechten nicht besteht, vor allem des Reichstages und des Preußischen Landtages —, weil diese Parlamente dem heutigen Volkswillen nicht mehr entsprächen. Gleichzeitig wird der Reichspräsident ersucht, durch Berufung einer rechtspolitisch zusammengesetzten Regierung einen Kurswechsel herbeizuführen; darüber hinaus werden aber die nationalsozialistische Fraktion und die Deutschnationalen im Reichstag den Antrag stellen, den Reichspräsidenten um Auflösung dieses Parlaments und um Anberaumung der Neuwahl für den 8. November zu ersuchen. Hinzu treten die Anträge auf Aufhebung aller Notverordnungen seit Februar d. J. und Sperrung der Polizeikostenzuschüsse des Reiches an Preußen. Die beiden Fraktionen der Rechten werden, was übrigens in Harzburg schon durch gemeinsame Sitzungen zum Ausdruck kam, den Kampf gegen Brüning einhellig führen, bis man zum Ziel gelangt ist.

*

Daß nun der Reichskanzler dieser unzweideutigen und unbedingten Kampfansage, die eine Zusammenfassung der von den rechtsstehenden Parteien und Verbänden bisher gesondert Proklamierten ist, ebenso unzweideutig und unbedingt entgegentreten wird, läßt sich angesichts der Schärfe dieses Ansturms erwarten. Für Dr. Brüning geht es sozusagen „ums Dasein", und zwar nicht bloß in seiner Stellung als Leiter der deutschen Politik, sondern um die Möglichkeit selbst, diese Politik fortzuentwickeln. Oder, wenn man will, darum, sich durch einen Kurswechsel diese Politik nicht gefährden zu lassen. Bei seinem Gegenangriff werden wohl besonders stark die außen- und die wirtschaftspolitischen Argumente ins Feld geführt werden. Schließlich sind das ja auch die einzigen, die im Reichstag überhaupt noch irgendwelche Wirkungen ausüben und einen Eindruck machen können, so daß sie nicht ganz ohne Einfluß auf die Entscheidung bleiben. Innen-, also parteipolitisch, durch die Harzburger Tagung sozusagen ein Schlußstrich oder vielmehr eine klare Trennungslinie gezogen worden. Darüber hinweg hat man sich einander nichts Neues mehr oder anderes zu sagen, hüben wie drüben. Aber ebenso möglich ist es, daß die in Harzburg gehaltenen Reden und dort gefaßten Beschlüsse auch die Kräfte, die hinter Brüning stehen oder ihn stützen, nun zu einer festeren Abwehrfront zusammenfügen. Lange wird es nicht dauern, bis auch das deutsche Volk sehen wird, wer der Sieger und wer der Unterlegene ist.

Abonnieren Sie das Wilsdruffer Tageblatt

Vor Brünings Regierungserklärung.

Eine hochpolitische Woche.

Eine Reihe wichtiger innen- und außenpolitischer Ereignisse drücken dieser Woche den Stempel einer hochpolitischen auf. Nach mehrmonatiger Pause tritt der Reichstag am Dienstag wieder zusammen, um eine große Regierungserklärung entgegenzunehmen, in der der Reichskanzler seine bisherige Politik verteidigen und begründen und in großen Zügen die Richtlinien für das kommende Winterprogramm aufzeigen wird. Nach der Kanzlerrede wird sich der Reichstag wahrscheinlich auf Mittwoch vertagen, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu den Erklärungen Stellung zu nehmen. Im Reichstagsgebäude hat inzwischen wieder reges Leben eingesetzt. Es waren aus allen Lagern die Abgeordneten eingetroffen, die neben der politischen Lage insbesondere auch den Verlauf der Harzburger Tagung besprachen. Der ganze Vortag der Reichstagseröffnung war im wesentlichen mit Sitzungen verschiedener Fraktionen ausgefüllt, die aber zu abschließenden Ergebnissen nicht führen konnten, da man natürlich erst den Inhalt der Regierungserklärung kennenlernen mußte. So fanden Fraktionssitzungen des Christlichsozialen Volksdienstes und der Konservativen sowie der Bayerischen Volkspartei statt, die ihre Beratungen und Forderungen auf Abänderung der letzten Notverordnung weiterführten. Ferner traten die Reichstagsfraktionen des Zentrums, der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten zusammen. Der Ältestenrat des Reichstages stellte den Geschäftsplan für die kommenden Vollsitzungen auf. Man rechnet damit, daß sich die Aussprache über Regierungserklärung, Notverordnungen usw bis Freitag hinziehen und entscheidende Abstimmungen vorher nicht erfolgen werden.

Als zweites wichtiges Ereignis ist der Wiederzusammentritt des Preußischen Landtages zu nennen. Bei dem engen Zusammenhang, den die Politik Preußens mit der des Reiches jetzt genommen hat, werden die Verhandlungen des Preußenparlaments eine weit über das rein preußische Interesse hinausgehende Bedeutung gewinnen.

In Genf tritt der Völkerbundrat zu einer Sondertagung zusammen, die durch die Zuspitzung des chinesisch-japanischen Konflikts in der Mandschurei notwendig geworden ist, wo die Intervention des Völkerbundes bisher keinen Erfolg gezeitigt hat. Japan hat das Eingreifen des Völkerbundes strikt abgelehnt, weil es der Auffassung ist, daß der Völkerbund keine genügende Kenntnis der geschichtlichen Zusammenhänge in der mandschurischen Frage habe.

*

Brüning sucht die Entscheidung.

Das Zentrum hinter Brüning.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages befaßte sich mit der politischen Lage. Die Aussprache ergab, daß die Fraktion nach wie vor hinter Reichskanzler Brüning steht und entschlossen ist, ihn und seine Politik rückhaltlos zu unterstützen.

Über die Verhandlungen der Zentrumsfraktion des Reichstages verlautet noch, daß der Vorsitzende Dr. Perlitius dem Reichskanzler sowie den Zentrumsministern der Reichsregierung für ihre unermüdliche Tätigkeit den Dank der Fraktion aussprach. Er würdigte insbesondere die Verdienste der Minister Dr Wirth und v. Guérard sowie ihre große Opferbereitschaft bei der Durchsetzung größerer politischer Aufgaben. Der Reichskanzler schloß sich diesem Danke mit Worten der Anerkennung an. Er gab dann einen ausführlichen Bericht über die politische Lage und schloß mit der Forderung, daß die Entscheidung des Parlaments in dieser politisch schweren und bedeutungsvollen Stunde unbedingt herbeigeführt werden müsse, falle sie aus wie sie wolle.

*

Keine Rundfunkübertragung der Kanzlerrede.

Die Beschlüsse des Ältestenrats

Der Ältestenrat des Reichstages hielt unter starker Beteiligung aller Parteien, auch der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten, eine Sitzung ab, in der der Plan für die nächsten Reichstagssitzungen festgesetzt wurde. Es wurde beschlossen, am Dienstag nach der Rede des Reichskanzlers den Reichstag auf Mittwoch 12 Uhr zu vertagen. Am Mittwoch soll dann die Aussprache beginnen. Ob die Aussprache am Freitag schon beendet werden kann, ist noch nicht zu übersehen. Ein Antrag der Reichsrundfunkgesellschaft, die Rede des Reichskanzlers durch Rundfunk zu übertragen, wurde von den Vertretern der Deutschnationalen und der Kommunisten bekämpft, die darin eine einseitige Bevorzugung der Regierung gegenüber den Parteienvertretern sahen. Da ein solcher Antrag nur durchgeführt werden soll, wenn alle Parteien damit einverstanden sind, ist der Antrag des Rundfunks damit vom Ältestenrat abgelehnt worden.

*

Die Reichstagsfraktionen rüsten sich.

Die Bayerische Volkspartei stimmt für Brüning.

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat ihre Anträge zur Notverordnung formuliert, von deren Schicksal sie die endgültige Stellungnahme zur Notverordnung abhängig machen will. Die Änderungsanträge betreffen acht verschiedene Punkte der Notverordnung.

Wie zu den Fraktionsberatungen der Bayerischen Volkspartei im Reichstag noch bekannt wird, wird die Fraktion gegen einen Mißtrauensantrag stimmen, weil sie den Sturz des Reichskabinetts nicht wünscht.

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei

hielt eine Sitzung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Es wurde der Beschluß gefaßt, in die Aussprache im Anschluß an die Erklärung der Reichsregierung einzugreifen. Zum Redner wurde der Fraktionsvorsitzende, Abgeordneter Dr. Oberfohren, bestimmt.

Fraktionszwang bei den Sozialdemokraten?

In der sozialdemokratischen Fraktionssitzung kam eine starke Mißstimmung über die Vorgänge bei und nach der Umbildung des Kabinetts zum Ausdruck, insbesondere auch über den Empfang Hitlers durch den Reichspräsidenten. Auch die Bestimmungen der Notverordnungen über die Sondergerichte und andere juristische Bestimmungen in dieser Verordnung wurden als schwer erträglich bezeichnet. Eine Reihe von Abänderungsanträgen wird gestellt werden. Die endgültige Entscheidung der Fraktion — auch darüber, ob Fraktionszwang bei den Abstimmungen geübt werden soll — wird von der Regierungserklärung im Reichstag und von der Annahme der sozialdemokratischen Abänderungsanträge abhängen.

Die Anfragen der Christlichsozialen.

Die Reichstagsfraktion des Christlichsozialen Volksdienstes hat nach längerer Beratung dem Reichskanzler durch ihren Vorstand verschiedene Fragen bezüglich der Regierungserklärung sowie auch hinsichtlich der preußischen Personal- und Kulturpolitik vorlegen lassen. Sie hat dann den Bericht über die vorläufige Antwort des Kanzlers entgegengenommen und ihre Beratungen auf Dienstag vertagt.

Dietrich gegen Schacht.

Der Reichsfinanzminister über die Reichsfinanzen.

Reichsfinanzminister Dietrich nahm vor Pressevertretern gegen verschiedene Ausführungen Stellung, die der Reichsbankpräsident a. D. Dr. Schacht in Bad Harzburg gemacht hatte. Er wandte sich zunächst gegen die Erklärung Schachts, daß Deutschland eine Währung habe, die nicht mehr dem regulären Warenverkehr diene, sondern nur noch dazu,

die Illiquidität unserer Finanzinstitute und der öffentlichen Hand zu verbergen.

Diese Erklärung Schachts bezeichnete Dietrich mit aller Schärfe als unrichtig. Die Reichsbank sei der öffentlichen Finanzwirtschaft, insbesondere dem Reich, niemals zu Hilfe gekommen. Das Reich habe keinen Pfennig bei der Reichsbank geborgt. Dies sei auch allgemein bekannt. Um die Illiquidität der Dresdner Bank, der Danatbank, der Sparkassen und anderer Banken zu beheben, sei ja die Akzeptbank mit einem Aktienkapital von 200 Millionen Mark gegründet worden. Im übrigen sei darauf hinzuweisen, daß die Finanzwirtschaft des Reiches nicht so schlecht sein könne, wie das Schacht dargestellt habe, da das Reich

287 Millionen Mark schwebende Schulden

allein bis zum 1. Oktober bereits zurückgezahlt habe. Die Äußerung Schachts, daß der Reichsfinanzminister nicht zu sagen wisse, wovon die öffentliche Hand die nächsten Monate und Wochen weiterleben solle, sei unverantwortlich. Der Reichsfinanzminister wisse sehr wohl, wie er weiterkommen solle. Schwierigkeiten bestünden allein bei den Gemeinden. Diese würden in der Öffentlichkeit

weit übertrieben,

zumal von den insgesamt etwa 55 000 Gemeinden nur bei 2000 bis 3000 Schwierigkeiten beständen. Es sei im übrigen festzustellen, daß eine ganze Reihe von Gemeinden, die für den 1. Oktober das Reich um Unterstützung ersucht hätten, auch ohne diese Unterstützung ihren Verpflichtungen am 1. Oktober pünktlich nachgekommen seien. Zu der Erklärung Schachts, daß

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF